

**Satzung**  
**der Stadt Eutin für einen Kinder- und Jugendbeirat gem. § 47 d der**  
**Gemeindeordnung**

**Präambel**

Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Ihre Sichtweisen, Ideen und Bedürfnisse tragen wesentlich zur Gestaltung einer lebendigen und zukunftsfähigen Kommune bei. Mit dem Kinder- und Jugendparlament wird ihnen ein Forum geschaffen, in dem sie ihre Interessen vertreten, Verantwortung übernehmen und demokratische Mitbestimmung praktisch erfahren können. Ziel ist es, ihre Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu stärken und ihre Perspektiven in die Arbeit von Politik und Verwaltung einzubringen.

Aufgrund des § 4 und der §§ 47 d und 47 f der Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28. Februar 2003 wird nach Beschluss durch die Stadtvertretung vom 01.10.2025 folgende Satzung erlassen:

**§ 1**  
**Errichtung und Stellung eines Kinder- und Jugendbeirates**

- (1) Der Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Eutin erhält die Bezeichnung „Kinder- und Jugendparlament“ (kurz: KiJuPa).
- (2) Das KiJuPa ist Interessenwahrer der Kinder und Jugendlichen und nimmt die Aufgaben nach § 47 f der Gemeindeordnung wahr.
- (3) Die Stadtvertretung, die Ausschüsse und die/der Bürgermeister/in unterstützen und fördern das KiJuPa bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die Stadt bezieht das KiJuPa bei ihrer Entscheidungsfindung in Angelegenheiten, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen betreffen, ein.
- (4) In Sitzungsvorlagen zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen betreffen, sind die städtischen Gremien darüber zu unterrichten, ob und mit welchem Ergebnis sich das KiJuPa mit der Sache befasst hat. Im Übrigen erfolgt die Unterrichtung regelmäßig mündlich durch den/die Bürgermeister/in oder eine beauftragte Person.

**§ 2**  
**Rechte und Aufgaben des Kinder- und Jugendparlamentes**

- (1) Das KiJuPa setzt sich dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei den Planungen und Vorhaben der Stadt berücksichtigt werden. Es kann hierzu die Stadt durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen beraten.
- (2) Das KiJuPa hat das Recht, einmal im Jahr vor der Stadtvertretung mündlich oder schriftlich einen Bericht über seine Arbeit abzugeben.

- (3) Das KiJuPa ist über alle wichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, insbesondere die, die Kinder und Jugendliche betreffen, in verständlicher Weise zu unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt in der Regel mündlich, sonst in Schriftform. Dem KiJuPa werden Sitzungsunterlagen zu entsprechenden Tagesordnungspunkten der Gremien zur Verfügung gestellt. Die Unterrichtung erstreckt sich insbesondere auf anstehende Entscheidungen oder Planungen in folgenden Bereichen:
- Aufstellung des Haushaltes, soweit dieser Kostentitel zur Jugendarbeit ausweist
  - Planung, Errichtung oder die Änderung von Einrichtungen, die in wesentlichem Umfang von Kindern und Jugendlichen benutzt werden (z. B. Spielplätze, Kindertagesstätten, Sportanlagen, Radwege, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Jugendbegegnungsstätten)
  - Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche
  - Bildungs- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche.
- (4) Unterrichtungspflichtig ist der/die Bürgermeister/in. Der/die Bürgermeister/in kann aus der Stadtverwaltung eine/n Mitarbeiter/in bestellen, die/der die regelmäßige Unterrichtung des KiJuPa vornimmt und diesen als ständige/r Ansprechpartner/in bei der Wahrnehmung seiner Geschäfte berät und unterstützt.
- (5) Das KiJuPa nimmt durch Beschlussfassung Stellung zu den Vorhaben und Planungen. Es kann in seiner Stellungnahme Änderungsvorschläge machen. Die Stellungnahme des KiJuPa ist gleichzeitig die Beteiligung nach § 47 f GO, ersetzt aber nicht ggfs. weitere sinnvolle Beteiligungsformate. Das KiJuPa stellt seine Anträge, Wünsche und Vorschläge an den „Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales“ und kann diesem Berichten. Die oder der Vorsitzende des KiJuPas oder ein von ihr oder ihm beauftragtes Mitglied des KiJuPa kann nach dessen Beschlussfassung an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen.

### **§ 3**

#### **Zusammensetzung und Wahl des Kinder- und Jugendparlamentes**

- (1) Das KiJuPa besteht aus maximal 14 Mitgliedern, die sich wie folgt zusammensetzen:
- a.) 8 KiJuPa-Mitglieder werden von den in der Stadt wahlberechtigten Kindern und Jugendlichen gewählt. Gewählt sind dabei die Bewerberinnen und Bewerber, die die meisten Stimmen erhalten. Entfallen auf den letzten Sitz gleich hohe Stimmenzahlen entscheidet das Los, das der/die Wahlleiter/in zieht. Die nächstfolgenden Kandidatinnen und Kandidaten bilden eine Nachrückerliste.
  - b.) 6 KiJuPa-Mitglieder werden von den städtischen Schüler/innenvertretungen (kurz: SV) ernannt. Berechtigt zur Ernennung von jeweils zwei KiJuPa-Mitgliedern sind die SV der städtischen Wilhelm-Wisser-, Johann-Heinrich-Voss- und Carl-Maria-von-Weber-Schule. Die Ernennung dieser durch die SV hat jeweils transparent und demokratisch zu erfolgen und muss d. Bürgermeister/in oder den nach § 2 Absatz 4 bestellten ständigen Ansprechpartner/in umgehend mitgeteilt werden. Es entfallen aufgrund einer separaten Ernennung u.a. die in § 4 (3), (4) und § 5 festgelegten Bedingungen der Satzung.

- (2) Der/die Bürgermeister/in macht die KiJuPa-Wahl durch örtliche Bekanntmachung, durch Einstellen ins Internet und durch Unterrichtung der Medien bekannt.
- (3) Ein KiJuPa-Mitglied scheidet aus dem KiJuPa aus, wenn es die Voraussetzungen für die Wählbarkeit nicht mehr erfüllt. Die freie Stelle wird durch Nachrücken besetzt.
- (4) Das Nähere über die Wahl des KiJuPa regelt eine Wahlordnung.

#### **§ 4**

#### **Wahlberechtigung, Wählbarkeit, Wahlzeit**

- (1) Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen, die das 10. aber noch nicht das 20. Lebensjahr vollendet haben und zum Zeitpunkt der Erstellung des Wählerverzeichnisses in der Stadt Eutin mit Wohnsitz gemeldet sind. Stichtag für das Wahlalter ist der Beginn der Amtszeit des KiJuPa.
- (2) Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis der Stadt eingetragen ist. Das Wählerverzeichnis kann bei der Stadtverwaltung, eingesehen werden.
- (3) Wählbar (passives Wahlrecht) sind alle Kinder und Jugendlichen, die das 10. aber noch nicht das 20. Lebensjahr vollendet haben und die seit mindestens drei Monaten vor dem Beginn des Wahljahres mit Wohnsitz in der Stadt Eutin gemeldet sind. Die Voraussetzungen sind in geeigneter Weise (z.B. Schülerausweis, Ausbildungsvertrag) nachzuweisen. Stichtag für das Wahlalter ist der Beginn der Amtszeit des KiJuPas. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen das Einverständnis ihrer gesetzlichen Vertreter mit dem Wahlvorschlag und dessen Veröffentlichung in schriftlicher Form nachweisen. Vollendet ein KiJuPa-Mitglied im Laufe der Wahlzeit das 20. Lebensjahr, so übt es seine Mitgliedschaftsrechte bis zum Ende der Wahlzeit aus.
- (4) Das KiJuPa wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Wahltag und die Zeiten, in denen gewählt werden kann, werden vom/von dem/der Bürgermeister/in festgelegt. Die Wahlzeit beginnt mit dem ersten Tag des auf die Wahl folgenden Monats.
- (5) Die Stimmzettel können an den Wahltagen zu den veröffentlichen Zeiten in der Stadtverwaltung sowie an weiteren für Jugendliche gut zugänglichen Orten wie Schulen und Jugendzentren, die rechtzeitig bekanntgegeben werden, in die Wahlurnen eingeworfen werden. Sie können der Stadtverwaltung bis zum letzten Wahltag auch postalisch übermittelt werden.
- (6) Die Wahlleitung obliegt der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister oder einer von ihr/ihm bestimmten Mitarbeiter/in der Stadtverwaltung. Die Wahlleitung entscheidet in offenen Verfahrensfragen.

## **§ 5**

### **Bewerbungsrecht**

- (1) Die Wahlleitung fordert 10 Wochen vor dem Wahltag durch örtliche Bekanntmachung, durch Einstellen ins Internet und durch Unterrichtung der örtlichen Presse zur Einreichung von Bewerbungen auf. Die Bewerbungen müssen der Wahlleitung bis 6 Wochen vor dem ersten Wahltag schriftlich vorliegen.
  - (2) Jede Bewerbung muss in lesbarer Form folgende Angaben enthalten:
    - Vor- und Familienname der/des Vorgeschlagenen
    - Anschrift
    - Geburtsdatum.
- Ferner ist die nach § 4 Abs. 3 erforderliche Erklärung der gesetzlichen Vertreter beizubringen.
- (3) Bewerbungen sind von der Wahlleitung zurückzuweisen, wenn sie nicht den Anforderungen dieser Satzung entsprechen.
  - (4) Bewerbungen können einreichen:
    - Wahlberechtigte.
  - (5) Die Wahlleitung gibt die zugelassenen Bewerbungen spätestens 30 Tage vor dem ersten Wahltag örtlich bekannt, stellt diese ins Internet ein und unterrichtet die örtliche Presse.

## **§ 6**

### **Geschäftsgang, Vorsitz**

- (1) Das neu gewählte KiJuPa tritt spätestens vier Wochen nach der Wahl zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Hierzu wird vom/von dem Bürgermeister/in (*vom /von dem ständigen Ansprech-partner/in*) eingeladen. Diese/r leitet die Sitzung bis zur Wahl der/des Vorsitzenden. Danach tritt das KiJuPa nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Kalenderhalbjahr zusammen. Die Einladung muss zehn Tage vorher erfolgen. Alle entsprechenden Unterlagen werden im städtischen Ratsinformationssystem veröffentlicht. Seine Sitzungen sind öffentlich.
- (2) Die Mitglieder des KiJuPa sind ehrenamtlich tätig. Die Regelungen der Gemeindeordnung über die Pflichten der ehrenamtlich Tätigen gelten entsprechend.
- (3) Das Verfahren des KiJuPa richtet sich nach den für die Ausschüsse der Stadtvertretung geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung, sofern das KiJuPa sich nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.
- (4) Das KiJuPa wählt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzenden und zwei Stellvertreter/-innen.
- (5) Die Geschäftsführung des KiJuPa obliegt d. Bürgermeister/in oder d. nach § 2 Absatz 4 bestellten ständigen Ansprechpartner/in. Die Stadt stellt für die Sitzungen

des KiJuPa geeignete Räumlichkeiten und ggfs. sächliche Verwaltungsmittel zur Verfügung.

- (6) Die Mitglieder des KiJuPa können Arbeitsgruppen bilden, die sich mit einzelnen Themen für Kinder und Jugendliche befassen. Eine Arbeitsgruppe besteht mindestens aus drei Mitgliedern des KiJuPa.

## **§ 7**

### **Berufen von Beratern**

Kinder und Jugendliche, die nicht in das KiJuPa gewählt werden, dürfen von den Arbeitsgruppen als Berater berufen werden. Diese Berater dürfen nur in beratener Funktion tätig werden. Sie dürfen nicht abstimmen.

## **§ 8**

### **Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die Stadt Eutin ist befugt personenbezogene Daten der betroffenen Personen zu erheben und zu verarbeiten, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt gem. den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Schleswig-Holsteinischen Gesetztes zum Schutz personenbezogener Daten (Landesdatenschutzgesetz – LDSG) vom 02.05.2018 in der jeweils gültigen Fassung. Die personenbezogenen Daten werden verarbeitet, um eine rechtmäßige Sachbearbeitung gem. der Satzung der Stadt Eutin für einen Kinder und Jugendbeirat gem. § 47 d der Gemeindeordnung durchzuführen.

In den Fällen von § 4 Abs. 1 dieser Satzung werden folgende personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet: Name, Vorname(n), Anschrift und das Geburtsdatum der Kinder und Jugendlichen.

In den Fällen von § 4 Abs. 3 i. V. m. § 5 Abs. 2 dieser Satzung werden folgende personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet: Name, Vorname(n), Anschrift, Geburtsdatum, E-Mail-Adressen und Telefonnummern der Kinder und Jugendlichen. Bei nicht volljährigen Bewerber/innen bedarf es hierfür einer Erklärung der/des Erziehungsberechtigten.

## **§ 9**

### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer örtlichen Bekanntmachung in Kraft.

Eutin, den

23.10.15



Sven Radestock  
Bürgermeister